

5 zusammengefasst. Nur die Exportgewinne aus dem Erdölgeschäft überwiegen bei ihnen die Überschüsse aus dem Fischhandel, die 2010 bei 27,7 Mrd. USD lagen. Entwicklungsländer bestreiten mehr als 60 Prozent des Weltexports, wobei gut Zweidrittel der Exporte in Industrieländer gehen.

Neben dem Handel sorgen die europäischen Fischereiflotten dafür, dass die Nachfrage nach Fisch auf dem Weltmarkt und in Europa gestillt wird und der Fisch seinen Weg vom Süden in den Norden findet. Während sich der Handel von 1976 bis 2010 von 8 Mrd. auf 109 Mrd. USD steigerte, hat sich parallel dazu die Anzahl der Fangschiffe in etwa verdoppelt. Ebenso wuchs mit den durch Überfischung in europäischen Gewässern reduzierten Fischbeständen das Interesse an überseeischen Fanggründen. Trotz aller Schwierigkeiten kreuzen deshalb inzwischen mehr als 700 europäische Trawler auf den Weltmeeren auf der Suche nach lukrativen Fischschwärmen - etwa 160 von ihnen allein vor Afrika. Nach Schätzungen des »UN-Umweltprogramms« (UNEP) werden vor Westafrika 80 Prozent der Fänge von ausländischen Schiffen eingebracht. Obwohl die gut 700 Schiffe nur einen kleinen Teil der 88.000 Schiffe umfassenden europäischen Fischereiflotte ausmachen, vereinen sie 25 Prozent der Gesamttonnage auf sich. Es sind die wirklich Großen, die es nach Übersee treibt. Gut 20 Prozent machen ihre Fänge außerhalb europäischer Gewässer an der erfassten Jahresfangmenge der EU aus. 2010 kamen davon 11 Prozent aus dem Pazifik und 18 Prozent aus dem Indischen Ozean. Der Großteil, 56 Prozent, kam aus dem Atlantik vor der afrikanischen Küste. Ungefähr 1 Mrd. Euro konnte die Flotte so 2010 mit dem rund 1 Mio. Tonnen schweren, über alle Ozeane verteilten Fang einfahren.

Von den Anlandungen deutscher Schiffe wurden 2011 ganze 144.000 Tonnen im Ausland gelöscht. Nur etwa 93.000 Tonnen wurden in deutschen Häfen gelöscht. Das Meiste von den insgesamt 237.000 Tonnen wurde zwar innerhalb europäischer Gewässer gefangen, aber um die 30.000 Tonnen kamen in den letzten Jahren regelmäßig aus norwegischen und grönländischen Gewässern und in etwa die gleiche Größenordnung aus der südlichen Hemisphäre. 2011 waren es die Gewässer Mauritaniens in denen die deutsche Hochseeflotte 30.000 Tonnen Fisch fing. Werden die Fänge der europäischen Flotte im Ausland mit in die Betrachtung eingeschlossen, heißt das, dass der Anteil tatsächlich europäischen Fisches auf dem Markt noch weit geringer ausfällt, als auf den ersten Blick vielleicht angenommen wird.

Die EU unterstützt ihre Fangflotten bei deren Unternehmungen in Übersee. Seit den 80er Jahren erwirbt sie für die Flotten ihrer Mitglieder mit Mitteln der Gemeinschaft Lizenzen in verschiedenen AWZs außerhalb der Union, vor allem in solchen von Entwicklungsländern. 8 Prozent der europäischen Fangmenge wird unter diesen Partnerschaftsabkommen von gut

300 der 700 Trawler der Flotte, die in außereuropäischen Gewässern agiert, erwirtschaftet. Zwar zielen diese Abkommen meist auf den Fang von Thunfisch ab und die Lizenzzahlungen beinhalten Mittel für die Fischereipolitik vor Ort, aber entwicklungspolitische Konzepte im eigentlichen Sinne sind nicht unmittelbar mit ihnen verknüpft. Stattdessen richten sich die Staatshaushalte und die Fischwirtschaft der jeweiligen Länder von der Tendenz her vielmehr auf die Abkommen und die fremden Trawler-Flotten aus. Es entstehen Abhängigkeitsverhältnisse, der Druck auf die Meeresressourcen steigt und der Ausbau oder Erhalt landeseigener Kapazitäten in der Fischerei kann in den Hintergrund treten.

Sobald Trawler-Flotten in die angestammten Fischgründe von Kleinfischern vordringen, werden diese gezwungen technologisch und wirtschaftlich mit der industriellen Fischerei zu konkurrieren. Die Trawler der EU haben hierbei, da sie mit Lizenzgeldern, Ausrüstungsprogrammen, Steuerbefreiungen für Treibstoff und nationalen Zuschüssen subventioniert werden, einen großen Wettbewerbsvorteil. Im Endergebnis wird so zum Beispiel jeder Arbeitsplatz der in außereuropäischen Gewässern aktivsten Flotte der Union, der spanischen, mit an die 27.000 Euro pro Jahr subventioniert. In der Konsequenz kann es zu einer Umstrukturierung in der Fischwirtschaft der jeweiligen Entwicklungsländer kommen, die die Ernährungssicherheit und die Existenz der Küstengemeinden in der Region gefährdet. Verschärft wird diese Konkurrenzsituation dadurch, dass zu den gut 300 Schiffen unter Partnerschaftsabkommen noch die 400 anderen Trawler der europäischen Übersee-Flotte kommen, die auf Grundlage von bilateralen Abkommen in fremden Gewässern auf Fangfahrt gehen, und sich zusätzlich europäische Unternehmen durch Beteiligungen oder Firmen Gründungen im Ausland Zugang zu den dortigen Fanggründen verschaffen. Die Schiffe europäischer Reedereien fahren dann unter der Landesflagge in den jeweiligen Fanggründen. Spanische Investoren sind auf diese Weise unter anderem im Senegal und in Namibia aktiv. Zwar dürfen die EU-Flotten auch auf Hoher See auf Fangfahrt gehen und tun dies auch - aber wird die Gesamtfangmenge europäischer Schiffe betrachtet stammen lediglich 20 Prozent von der Hohen See. 80 Prozent werden in den AWZs rund um den Globus realisiert.

Werden ganze Küstengewässer in Claims unterteilt, meistbietend vergeben, mit Offshore-Anlagen ausgebeutet oder mit riesigen Trawlern leergefischt, dann sticht die Definition von FIAN zum Land-Grabbing auch für das Ocean-Grabbing. Wenn zudem dabei Küstengemeinden in ihrer Existenz bedroht werden, Kleinfischer und Fischfarmer ihre Fangrechte oder den Zugang zum Wasser verlieren, sind auch die Folgen die gleichen: Zusammenbruch der lokalen Ökonomie, Einbindung der Meere in ein System der umfassenden Inwertsetzung von Naturressourcen, das nicht der einheimischen Bevölkerung dient, sondern ihr lediglich den Zugang zu diesen Ressourcen entzieht.

6 De Schutter wirbt in seinem Bericht an die UN dafür, die Kleinfischerei zu schützen und entsprechende politische Prozesse wie die Verabschiedung der »International Guidelines for Securing Sustainable Small-Scale Fisheries« im Rahmen der FAO voranzubringen. In Hinblick auf die Industrialisierung, Ausgliederung und Exportorientierung der Fischerei in Entwicklungsländern formuliert er eine ganze Reihe kritischer Fragen und weist auf Gefahrenquellen für die Ernährungssicherheit hin. Zusammenfassend beschreibt er seine Einschätzungen wie folgt: »Die von der industriellen Fischerei erwirtschafteten Einnahmen werden vielleicht bei einer kleinen Anzahl wirtschaftlicher und politischer Eliten konzentriert, oder abgeführt in andere Länder, ohne den Fischern zugute zu kommen, geschweige denn der Gesellschaft im ganzen.«

In diesem Kontext spricht De Schutter sich gegen auf dem Markt frei handelbare Fangrechte und für exklusive Nutzungsrechte und Fanggebiete für die Kleinfischerei aus. Des Weiteren hält er die Einführung von Co-Management-Strategien unter Einbindung der lokalen Fischer und ihrer Gemeinden für notwendig, um die Fischereipolitik umweltpolitisch und sozial erfolgreich zu gestalten. Top-Down-Modelle mit ihren Vorgaben lehnt er ab.

Anders als De Schutter befürwortet die Weltbank, so wie auch die UNEP, der »Global Environment Facility« oder das »United Nations Development Programme«, dass Fischereirechte

grundsätzlich frei handelbar werden sollen, um die Ressource besser schützen und managen zu können. Für viele internationale Verbände der Kleinfischer ist dies gleichbedeutend mit einem Verlust der regionalen Fanggründe an internationale Investoren. Sie lehnen wie De Schutter diese Herangehensweise ab. Die Weltmeere, die nach UN-Seerechtskonvention ein Gemeingut sind, würden privatisiert werden, spitzen sie ihre Kritik zu. Wie De Schutter sehen die Kleinfischer die Gefahr, dass die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern und die auf der Kleinfischerei beruhende soziale Struktur vieler Küstengemeinden unter einer fortschreitenden Industrialisierung und Privatisierung der Meere leidet oder gar weitgehend verloren geht.

Die Auseinandersetzungen um den Status der Meere als ein Gemeingut und das hiermit verknüpfte Ocean-Grabbing als Form der Inbesitznahme und Privatisierung der Meere werden aller Wahrscheinlichkeit nach in den meerespolitischen Debatten der nächsten Zeit eine wesentliche Rolle spielen. Sowohl hinsichtlich der Ausweitung von Offshore-Projekten und der Reformierung der Fischereipolitik, als auch im Zusammenhang mit den Diskussionen zum Meeresschutz und den »Sustainable Development Goals« (SDGs) wird der Umgang mit den Auswirkungen des Ocean-Grabblings weitreichende Folgen haben.

Weitere Informationen zum Thema sind zu finden auf der Webseite www.fair-oceans.info

Ausgabe
Erscheinungsdatum: November 2012
Auflagenhöhe: 5.000 Exemplare
Rohstoff: Recyclingpapier

Nachbestellungen können per E-Mail an den Verein gerichtet werden.

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

Verein für Internationalismus und Kommunikation e.V. (IntKom)
Bernhardstraße 12
28203 Bremen
Tel: 0421 - 72034
fair-oceans@gmx.de

Rechte
V.i.S.d.P.: Kai Kaschinski
Das Copyright liegt bei den AutorInnen.

Das Projekt
»Das Meer, die letzte Kolonie?«
des Vereins IntKom und seines Arbeitsschwerpunktes »Fair Oceans« wird gefördert mit Mitteln von »Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst«, aus der Lotterie »BINGO« durch den »Senator für Umwelt, Bau und Verkehr« und umgesetzt mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

Diese Informationszeitung ist ein Plädoyer dafür, die entwicklungs- und umweltpolitische Dimensionen der Meerespolitik zusammenzuführen.



■ fair oceans perspektiven



Ocean-Grabbing Ernährungssicherheit und Ressourcenkonflikte auf dem Meer

1626 kaufte Hollands Statthalter Peter Minuit den Algonquin-Indianern die Insel Manhattan ab - für Glasperlen und Knöpfe im Wert von 60 Gulden. 1883 kaufte Heinrich Vogelsang die Lüderitzbucht in Namibia, im Auftrag des gleichnamigen deutschen Kaufmanns - für 200 Gewehre und 100 englische Pfund. Letztlich bezahlt wurde der Kaufpreis in keinem der beiden Fälle. Stattdessen wurden die Vertragspartner von ihrem Land vertrieben und kolonisiert. Es sind historische Beispiele für das, was heute »Land-Grabbing« genannt wird. Europäische Staaten und Handelsunternehmen eigneten sich riesige Gebiete in Afrika, Amerika und Asien an: für Preise weit unter Wert, ohne Rücksicht auf bestehende Nutzungs- und Eigentumssysteme, oft mit Gewalt.

In den letzten Jahren ist das Land-Grabbing wieder zu einem hitzigen Punkt in der entwicklungspolitischen Debatte geworden. Denn Land-Grabbing ist hochaktuell, auch wenn die Formen sich gewandelt haben. Von 2008 auf 2009 wechselten weltweit Landflächen in der Größe von Schweden den Besitzer, was ganzen 450.000 Quadratkilometern entspricht. Das Tempo und die Dimension der globalen Eigentumswechsel

sind atemberaubend. Libyen kauft Land in Mali und in der Ukraine, Katar in Kenia, Saudi-Arabien im Sudan, China im Kongo, in Tunesien und in Brasilien. Ziel der Landnahme ist entweder die Nahrungsmittelproduktion mittels industrialisierter Landwirtschaft oder die Erzeugung von Biotreibstoffen. Aber unter anderem auch Wasservorkommen werden dabei in Besitz genommen.

»Agro-Business«-Fonds sind ein zentraler Motor dieser Dynamik. Enorme Summen werden von ihnen für diese neue Variante von Direktinvestitionen im Ausland eingeworben. Die Befürworter des Land-Grabblings argumentieren dabei mit der Kapitalknappheit der Verkäufer und der Notwendigkeit von ausländischen Investitionen, um den wachsenden Nahrungsmittelbedarf durch effiziente landwirtschaftliche Techniken decken zu können. Die Kritiker weisen darauf hin, dass die Ernährungssicherheit gefährdet wird und ein »Neuer Kolonialismus« stattfindet, bei dem die Entwicklungsländer erneut enteignet werden und ihre Ressourcen verlieren.

Eine der brauchbarsten Definitionen von Land-Grabbing ist die

Positionen zum Ocean-Grabbing

Von zentraler Bedeutung für die Begrenzung des Ocean-Grabbing ist es die Rechte der Kleinfischerei und zu sichern und eine partizipative Gestaltung der Entwicklungen in den Küstengewässern als auch an den Küsten selbst durchzusetzen.

Im Rahmen der UN-Welternährungsorganisation sollte deshalb unter anderem die Umsetzung des "Code of Conduct for Responsible Fisheries" und die Einführung der "International Guidelines for Securing Sustainable Small-Scale Fisheries" vorangebracht werden. Desweiteren ist eine Stärkung des "1995 United Nations Fish Stocks Agreement" und internationaler Prozesse notwendig, die eine sozial gerechte Verteilung der Fischbestände zwischen Norden und Süden gewährleisten können.

In diesem Kontext erscheint es sinnvoll UNCLOS mit weiteren Durchführungsübereinkommen zu ergänzen. Unter anderem einem Abkommen zur A) Fischerei auf der Hohen See mit einem Moratorium zur Fischerei am Meeresbo-

den, mit einem Verbot des Finnings, mit konkreten Verpflichtungen der Staaten bei der Kontrolle der Hochseefischerei und der illegalen Fischerei sowie zur verbindlichen weltweiten Einführung von Regionalen Fischereiorganisationen (RFO). und einem zur B) Kleinfischerei mit einer weltweiten 24-Seemeile-Zone zur ausschließlichen Nutzung durch Kleinfischer, mit Partizipationsrechten der Fischer und der Zivilgesellschaft bei Nutzungsfragen in der AWZ, mit Berücksichtigung der Auswirkungen von Offshore-Projekten auf die Küstengemeinden und -ökologie sowie mit einer Festschreibung von entwicklungspolitischen Förderprogrammen zur Verlagerung von Verarbeitung und Handel in den globalen Süden.

Generell darf kein freier, marktbasierter Handel mit Fischereirechten eingeführt werden. Genausowenig darf es zu einer Privatisierung von immer größeren Teilen der maritimen Ressourcen durch Vergabesysteme kommen.

2 des entwicklungspolitischen Netzwerks FIAN. FIAN definiert Land-Grabbing als »Inbesitznahme oder Kontrolle einer Fläche für kommerzielle/industrielle Landwirtschaft, deren Größe in keinem angemessenen Verhältnis zur Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe in der betreffenden Region steht«. Wer sich nicht eine Farm kauft, sondern die ganze Landschaft, betreibt Land-Grabbing. Es muss nicht unbedingt Vertreibung stattfinden, nicht unbedingt mit illegalen oder halblegalen Mitteln gearbeitet werden - auch wenn das oft der Fall ist. In jedem Fall geht es aber um die großflächige Aneignung von Naturraum und dessen natürlicher Ressourcen und Produktivität. Regional orientierte Lebens- und Wirtschaftsweisen werden eingeschränkt und Abhängigkeiten vom Weltmarkt geschaffen.

Nicht nur Land wird knapp und begehrt, auch das Meer. Und die Methoden der Aneignung ähneln sich. Ein ebenso brisantes Thema wie Land-Grabbing scheint deshalb nun »Ocean-Grabbing« zu werden - ein Begriff, den der UN-Berichtersteller für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, unlängst während der Vorstellung des UN-Reports zu »Fischerei und dem Recht auf Nahrung« prägte. De Schutter führte dazu aus: »Ocean-Grabbing - in Form fragwürdiger Zugangsvereinbarun-

gen, die Kleinfischern schaden, illegaler Fänge, des Eindringens in geschützte Gewässer und der Umleitung von Ressourcen weg von den lokalen Bevölkerungen - kann ebenso ernsthaft wie das Land-Grabbing als reale Bedrohung angesehen werden.«

Die Flächen um die es dabei geht sind wie beim Land-Grabbing enorm. Angesichts der offensichtlichen Verknappung des global pro Kopf zur Verfügung stehenden Umweltraums wird durch die weiträumige Erschließung der Meere und die Neuverteilung der entsprechenden Nutzungsrechte letztlich ein nicht unerheblicher Einfluss auf globale Entwicklungsoptionen erlangt. Unterschiedlichste Nutzungsinteressen kollidieren miteinander und streiten um die Zuordnung des Meeresraums und seiner Ressourcen. Gebiete, die für die Wind-, Erdöl- oder Erdgasproduktion genutzt werden, gehen auf der anderen Seite der Fischerei, der Schifffahrt oder dem Naturschutz verloren. Anders als an Land ist es aber nicht nur die Nahrungsmittelproduktion, die auf See in großen Dimensionen angelegt ist. Der Flächenbedarf für Ressourcenförderung und Energiegewinnung ist ebenfalls umfangreich.

Kaum jemand dürfte zum Beispiel Tonga und Nauru kennen -

EINE ÜBERARBEITETE »THOMSON TABELLE« FÜR DAS JAHR 2008 ZUM VERGLEICH VON INDUSTRIELLER UND HANDWERKLICHER FISCHEREI NACH JACQUET UND PAULI (2008) SOWIE FAO, WORLD FISH CENTER UND WELTBANK (2008)

	INDUSTRIELLE FISCHEREI	HANDWERKLICHE FISCHEREI
ANTEIL AN DEN FISCHERN/INNEN	10 %	90 %
PRO 1.000 T VERKAUFTEN FISCHES	200 BESCHÄFTIGTE	1.500 BESCHÄFTIGTE
ANTEIL AN DEN BOOTEN MIT MOTOR	14 % (ÜBER 12 METER)	86 % (UNTER 12 METER)
ANTEIL AN DER GESAMTFANGMENGE	50 %	50 %
DURCHSCHNITTLICHER BEIFANG	8 %	2 %
SUBVENTIONEN	25-27 MR. USD	5-7 MRD. USD
JÄHRLICHER TREIBSTOFFVERBRAUCH	30 MIO. TONNEN	5 MIO. TONNEN
FANGMENGE PRO TONNE TREIBSTOFF	1 BIS 2 TONNEN FISCH	4 BIS 8 TONNEN FISCH
ZUR REGIONALEN VERSORGUNG	45 % DER FANGMENGE	90 % DER FANGMENGE

3 zwei winzige pazifische Inselstaaten, mit 100.000 bzw. 10.000 Einwohnern und einem Staatshaushalt von 100 Mio. bzw. 14 Mio. US-Dollar. Die beiden gehören zu den wenigen Staaten, die Lizenzen für große Meeresboden-Gebiete ihr Eigen nennen, die ihnen von der »Internationalen Meeresbodenbehörde« (IMB) zugesprochen wurden. Auf Basis der »United Nations Convention on the Law of the Sea« (UNCLOS) von 1982 vergibt die IMB die Lizenzen für die Förderung mineralischer Ressourcen auf und im Meeresboden der »Area«, dem Gebiet jenseits der den Küstenstaaten zur Nutzung überlassenen und in der Regel 200 Seemeilen weit reichenden »Ausschließlichen Wirtschaftszonen« (AWZ), und reglementiert zugleich detailliert die Nutzungsbedingungen. Über Kooperationen mit der »Nauru Oceans Resources Inc.« und die »Tonga Offshore Mining Limited« nutzen der kanadische Rohstoffkonzern »Nautilus Minerals« und das australische Unternehmen »Neptune Minerals«, Vorreiter im Meeresbergbau in der Tiefsee, jetzt den bevorzugten Zugang der beiden Inselstaaten, um sich selbst durch die Hintertür einen Anteil an den internationalen Lizenzen der IMB zu verschaffen. Der Meeresboden, den sich die Gemeinschaftsunternehmen auf diese Weise in der »Clarion-Clipperton Fracture Zone« im Pazifik gesichert haben, hat eine Fläche von gut 148.000 Quadratkilometern.

Seine eigentliche Dynamik entfaltet das Ocean-Grabbing doch innerhalb der AWZs. Hier sichern sich transnationale Unternehmen weltweit Förder- und Fischereirechte und setzen ihre Projekte in großen Stil um. Ein Drittel der Erdölförderung findet schon jetzt auf See innerhalb der AWZs statt. Dort wo sich je nach Einschätzung auch zwischen 85 und 95 Prozent der Fischbestände befinden.

Wieder geht es wie schon zuvor auf Hoher See um Flächen, die von ihrer Größe her durchaus mit dem Land-Grabbing zu vergleichen sind. In den AWZs von Papua Neuguinea, Tonga, Neuseeland und Fiji hält »Nautilus Minerals« Lizenzgebiete von insgesamt über 520.000 Quadratkilometern. In der 3,14 Mio. Quadratkilometer großen Wirtschaftszone Indiens sind allein 1,06 Mio. Quadratkilometer für die Erdöl- und Erdgasförderung vergeben. Für 35.601 Quadratkilometer bestehen Lizenzen zur Förderung von mineralischen Ressourcen. Entlang der Westküste Afrikas haben die Staaten ihre Wirtschaftszonen in eine Unzahl von einzelnen Claims aufgeteilt. Auch hier sind die Erdöl- und Erdgasindustrie die Hauptakteure. Die brasilianische »HRT Oil&Gas« hält seit 2011 vor Namibia die Rechte für 12 Claims mit einer Fläche von insgesamt 68.800 Quadratkilometern. Die multinationale »Tullow Oil plc« hat mit Maure-

fair oceans perspektiven ■ ■ ■ dezember 2012 ■ ■ ■

4 tanien zwischen 2001 und 2012 9 Lizenzverträge für rund 42.000 Quadratkilometer abgeschlossen. Rund 1 Mrd. US-Dollar werden weltweit pro Tag in die Exploration und Förderung von Energieressourcen auf See gesteckt.

Obwohl die Erschließung der Meere mit ihren Konflikten um Grenzen, Nutzungsrechte und Flächenansprüche generell den Charakter einer Landnahme hat, so ist die Gefährdung der Ernährungssicherheit augenblicklich das zentrale Problem der entwicklungspolitischen Dimension der Meerespolitik. Darum ist es durchaus naheliegend, dass De Schutter, wie es auch im Wesentlichen in der Debatte um Land-Grabbing geschieht, das Ocean-Grabbing unter Bezug auf dessen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit definiert. Über 16 Prozent des tierischen Eiweißes in der menschlichen Ernährung stammte 2011 von Fisch und Meeresfrüchten. Regional und gerade in armen Ländern des Südens kann dieser Anteil überdurchschnittlich hoch sein und bis zu 50 Prozent des tierischen Eiweißes ausmachen. Im Durchschnitt liegt er in den »Low-Income Food-Deficit Countries« (LIFDC) bei 24 Prozent.

Pro-Kopf lag der Konsum 2011 bei weltweit bei 18,8 Kilogramm und in Deutschland bei 15,6 Kilogramm Seafood (Fanggewicht). In Europa ist dieser Bedarf nur durch Importe zu decken. Die gesamte europäische Fischwirtschaft ist abhängig vom Angebot auf dem Weltmarkt. 44,6 Mrd. USD gab die EU 2010 für diese Importe auf dem Weltmarkt aus. 23,7 Mrd. USD davon gingen an Anbieter außerhalb der Union - dies macht einen Anteil von 26 Prozent an den weltweiten Importen aus. Insgesamt importiert kein anderer Wirtschaftsraum mehr Fisch als die EU. Werden die Exporte berücksichtigt lag der Anteil der deutschen Fischerei an der Versorgung des Landes mit Fisch 2011 bei knapp 12,5 Prozent. Klammert man die Exporte aus und würde sich Deutschland nur vom eigenen Fisch ernähren, wären in den letzten Jahren rein rechnerisch im April die Fischtheken leergeräumt gewesen. 87,5 Prozent seiner Ausgangsprodukte für den Konsum und die Weiterverarbeitung muss Deutschland sich also auf dem Weltmarkt beschaffen.

Der Konkurrenzkampf um günstige Importe und Fangrechte, der hieraus erwächst, wird wie bei den anderen Meeresressourcen auf globaler Ebene geführt und ebenso durch die zunehmende Verknappung der Fischbestände bei gleichzeitig steigender Nachfrage forciert. Da seit Mitte der 90er Jahre die Fangmengen auf See stagnieren und die wachsende Nachfrage deshalb nur durch Fisch aus Aqua- und Marikultur gedeckt werden kann, steigt der Preis pro Kilogramm. Allein 2010 wurden weltweit 59,9 Tonnen von insgesamt 148,5 Mio. Tonnen an Fisch und Meeresfrüchten in Fischfarmen produziert. Der

Druck auf die Meeresökosysteme erhöht sich währenddessen unweigerlich. Immer weiter dringt die Fischerei in das ökologische Gefüge der Meere ein. Vermehrt wird in der Tiefsee gefischt und Fischarten nachgejagt, die an der Basis der marinen Nahrungskette stehen. Zur Belieferung der industriellen Fischzucht wird ein nicht unwesentlicher Anteil des Fangs zu Fischmehl und -öl verarbeitet. Hinzukommt, dass nach Schätzungen der »National Oceanic And Atmospheric Administration« (NOAA) des Wirtschaftsministeriums der USA derzeit weltweit zwischen 10 und 26 Mio. Tonnen Fisch und Meeresfrüchte illegal gefangen werden.

Vor diesem Hintergrund spitzt sich der Wettlauf um die ergiebigsten Fanggebiete zu und die mit technisch immer effektiveren Mitteln und größerem Kapital ausgestattete industrielle Fischerei verdrängt die Kleinfischerei. Fabrikschiffe fangen, verarbeiten und kühlen innerhalb eines einzigen Tages zwischen 200 und 400 Tonnen Fisch. Eine Piroge senegalesischer Kleinfischer kommt nach einer Fangfahrt von 10-12 Tagen mit lediglich zehn Tonnen Fisch zurück. Das soziale Gefüge und traditionelle Nutzungsrechte an den Küsten geraten durch diese Konkurrenz in Gefahr. Von den für 2010 geschätzten 38,2 Mio. Fischern sind in etwa 90 Prozent Kleinfischer. Mindestens 200 Mio. Menschen waren es nach Datenlage der »Welternährungsorganisation« (FAO), die 2010 im Fischfang, in der Fischzucht, im Handel mit Fisch und Meeresfrüchten oder in deren Weiterverarbeitung beschäftigt gewesen sind. Werden die Familienangehörigen in die Rechnung mit einbezogen, so waren 10 bis 12 Prozent der Weltbevölkerung ökonomisch von der Fischerei und Fischzucht abhängig.

Mit dieser Intensivierung des Zugriffs auf die Meeresökosysteme geht eine globale Umverteilung einher. Fisch aus Entwicklungsländern landet heute auf den unterschiedlichsten Wegen in den Kühlregalen der Schwellen- und Industrieländer und deckt die dortige Nachfrage, die aus heimischen Gewässern selbst nicht mehr erwirtschaftet werden kann. 2010 kamen 38 Prozent oder 57 Mio. Tonnen der Gesamtproduktion mit einem Exportwert von über 109 Mrd. USD in den internationalen Handel. Nach Auswertung aller Daten erwartet die FAO für 2011 noch einmal einen Anstieg des Exportvolumens auf 125 Mrd. USD. Werden der internationale Fisch- und Fleischhandel miteinander verglichen, so verdeutlicht sich die Dimension des Handels mit Seafood. 2010 betrug das Handelsvolumen für Fleisch von Rindern, Geflügel, Schweinen und Schafen 26,7 Mio. Tonnen, während sich die Gesamtproduktion global auf 294,2 Mio. Tonnen belief. Für Entwicklungsländer ist der Handel mit Fisch wichtiger als der mit den bekannten Fairtrade-Produkten Kaffee, Kakao, Zucker und Tee